9 Fragestunde

Mündliche Anfragen
Drucksache 18/5959

Ihnen liegen mit Drucksache 18/5959 die Mündliche Anfrage 26 aus der Fragestunde vom 23. August 2023 sowie die Mündlichen Anfragen 27 und 28 vor.

Ich weise darauf hin, dass gemäß § 94 Abs. 8 unserer Geschäftsordnung die Fragestellerin beziehungsweise der Fragesteller nach Beantwortung der Mündlichen Anfrage bis zu drei Zusatzfragen stellen kann, jedes andere Mitglied des Landtags bis zu zwei Zusatzfragen. Diese müssen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Hauptfrage stehen und dürfen jeweils nur eine einzelne, nicht unterteilte Frage enthalten.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 26

des Herrn Abgeordneten Dr. Dennis Maelzer von der Fraktion der SPD auf, zu dem Thema: „Wann haben Sie welche Meldungen von welchen Trägern über deren finanzielle Lage erhalten?“

Ich darf vorsorglich darauf hinweisen, dass die Landesregierung in eigener Zuständigkeit entscheidet, welches Mitglied der Landesregierung eine Mündliche Anfrage im Plenum beantwortet. Die Landesregierung hat angekündigt, dass Frau Ministerin Paul antworten wird. Frau Ministerin Paul hat jetzt Gelegenheit zur Beantwortung. Ich weise darauf hin, Frau Ministerin, dass Ihr Mikrofon eingeschaltet bleibt.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landesregierung stellt die Belange von Kindern, Jugendlichen und Familien in den Mittelpunkt, auch unter den bestehenden Herausforderungen für Einrichtungen und Träger angesichts des Fachkräftemangels und der gestiegenen finanziellen Aufwendungen sowie der schwierigen haushalterischen Rahmenbedingungen des Landes.

Für mehr Chancengerechtigkeit brauchen wir auch entsprechende Strukturen und Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und Kinderbetreuung. Den hinter dieser frühkindlichen Bildung stehenden Trägern sozialer Einrichtungen entstehen durch die Umsetzung des Tarifbeschlusses hohe finanzielle Belastungen.

Das Land war an den Vereinbarungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst am 22. April nicht beteiligt und konnte somit keinen Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung nehmen. Unabhängig von der Bedeutung für die Beschäftigten stellt das Ergebnis die Träger vor eine große finanzielle Belastung, die besonders die freien Träger herausfordert.

Die Träger müssen ebenfalls mit den stark gestiegenen Energiekosten umgehen, die vor allem durch den menschenverachtenden Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine entstanden sind.

Die Landesregierung sieht hier deutlich die herausfordernde Situation für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege, und wir nehmen dies zum Anlass, zu handeln. Wir werden daher – vorbehaltlich der Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers – im Rahmen der Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2024 den Ansatz der für 2024/2025 geplanten KiBiz-Pauschalen um fast vier Prozentpunkte gegenüber dem Haushaltsentwurf 2024 auf dann fast 10 % erhöhen.

Damit erhalten die kommunalen und freien Träger mit der nächsten gesetzlich vorgesehenen Dynamisierung des KiBiz im August 2024 beinahe 10 % mehr Mittel für ihre Arbeit. So unterstützt das Land alle Träger dabei, die finanziellen Belastungen der Tarifsteigerungen zu tragen und ihren Beschäftigten in den Einrichtungen die Lohnerhöhungen zukommen zu lassen.

Bis die Entlastung durch die Dynamisierung der KiBiz-Pauschale greift, unterstützt die Landesregierung die freien Träger zudem mit einer einmaligen Überbrückungshilfe. Mit der Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2024 werden – natürlich vorbehaltlich der Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers – weitere 100 Millionen Euro als einmalige finanzielle Überbrückungshilfe ins System der frühkindlichen Bildung gegeben werden, um die freien Träger zu entlasten.

Diese 100 Millionen Euro helfen den freien Trägern dabei, die bereits vor August 2024 spürbaren finanziellen Auswirkungen des Tarifabschlusses abzufedern. Sie werden nach Beschluss des Haushalts 2024, also ab 2024, ausgezahlt.

Die Überbrückungshilfen für die freien Träger – das betrifft mit drei von vier Einrichtungen einen Großteil der Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen – unterstützen mittelbar auch die Kommunen, die für die Sicherung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz zuständig sind und daher bei einem Rückzug der freien Träger die Kitas übernehmen müssten.

Mit dem geplanten Aufwuchs im KiBiz sprechen wir neben der geplanten Dynamisierung im Bereich der Kindpauschalen und der Überbrückungshilfen auch von weiteren Mitteln, die im Zuge der Zuwächse im KiBiz steigen, nämlich von insgesamt von mehr als 550 Millionen Euro zusätzlich im System der frühkindlichen Bildung im nächsten Jahr.

Wir bauen also eine Brücke für die freien Träger, bis der Mechanismus im KiBiz greift, der zum allergrößten Anteil die Preissteigerung abbildet, und das im August mit 10 %. Das ist ebenfalls eine unge-

wöhnlich hohe Anpassung, und damit schaffen wir eine ganz klare Perspektive für die Träger.

Sehr geehrte Damen und Herren, nun zu den konkreten beiden Fragen.

Zu Ihrer ersten Frage. Seit dem Abschluss der Tarifverhandlungen zum TVöD Ende April dieses Jahres sind in den vergangenen Monaten verschiedene Schreiben der Träger eingegangen. Mein Haus hat diesbezüglich eine Reihe von Eingaben mit Rückfragen zu den Folgen der Tarifanpassung erhalten. Exemplarisch seien die Schreiben der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und der Kirchen sowie das Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände genannt. Darüber hinaus haben wir Schreiben von lokalen Trägern, Landräten und einzelnen Kindertageseinrichtungen erhalten. Darüber hinaus sind die aktuellen Herausforderungen in unterschiedlichen Gesprächen mit den freien und öffentlichen Trägern erörtert worden.

Zu Ihrer zweiten Frage: Die Landesregierung befand sich bereits seit Ende April in internen und externen Gesprächsformaten, um die Folgen des Tarifabschlusses im TVöD für das System der frühkindlichen Bildung zu bewerten. Auch fanden hierzu mehrere Gespräche mit den Vertretungen der Spitzenverbände statt, um die Herausforderungen klarer zu definieren. Die Landesregierung und mein Haus nehmen die Herausforderungen und die Sorgen sehr ernst. Wir haben daher intensiv an Lösungen gearbeitet, die unter den gegebenen Rahmenbedingungen auch die Landesregierung vor Herausforderungen stellt.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für ihre erste Zusatzfrage erteile ich jetzt der Kollegin Blask von der SPD das Wort. Bitte schön!

Inge Blask[*)] (SPD): Schönen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin Paul, wir möchten gern wissen, inwieweit der Vorschlag der Landesregierung zur Erhöhung zu der in § 37 Abs. 3 KiBiz vorgesehenen Steigerung abweicht. Was für einen Unterschied gibt es zwischen Ihrem Vorschlag der Erhöhung und der in § 37 Abs. 3 KiBiz vorgesehenen Steigerung?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin, bitte schön.

Josefine Paul[*)]**,** Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Herr Präsident. – Vielen Dank, Frau Kollegin, für die Frage. Der § 37 legt die Dynamisierung und den dahinter liegenden Mechanismus fest. In dem bisherigen Ihnen zugegangenen Entwurf des Haushalts waren dort 6 % hinterlegt. Mit der Ergänzungsvorlage zum Haushalt und vorbehaltlich der Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers wird hier nun dieser Anteil noch mal um fast 4 % erhöht, sodass es im Endeffekt zu einer Steigerung der Kindpauschalen im KiBiz um dann annähernd 10 % kommt.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Frau Kollegin Butschkau von der SPD hat jetzt das Wort für ihre erste Zusatzfrage.

Anja Butschkau (SPD): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, dass jetzt von Ihrer Seite reagiert wird, ist ja nicht nur gut, sondern dringend erforderlich. Halten Sie es für angemessen, wenn nicht alle Erzieherinnen und Erzieher an den steigenden Tarifen teilhaben können, weil die Refinanzierung durch das Land nicht gewährleistet ist?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin.

Josefine Paul[*)]**,** Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Herr Präsident. – Vielen Dank, Frau Kollegen. Ich halte erst mal fest, dass wir uns einig darüber sind, dass es wichtig ist, dass das Land hier jetzt eine Perspektive und eine feste Zusage der Finanzierung gegeben hat. Mit der Steigerung um fast 10 % zum nächsten KiBiz-Jahr gibt es eine außergewöhnlich hohe Steigerung, die es bislang so im KiBiz-System nicht gegeben hat, mithin über eine halbe Milliarde Euro zusätzlich mit dem Haushalt 2024.

Das ist Ausdruck dessen, dass das Land als verlässlicher Partner an der Seite der Trägerlandschaft steht und auch einlöst, dass Kinder, Jugendliche und Familien im Mittelpunkt unseres Handelns stehen. Denn unter den Voraussetzungen der sehr angespannten Haushaltslage ist das durchaus ein Kraftakt, auch für die Landesregierung.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Dr. Maelzer für seine erste Zusatzfrage.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Vielen Dank auch an die Ministerin, dass sie die Pressemitteilung von gestern noch mal vorgetragen hat, denn genau dazu wollte ich auch meine erste Frage stellen.

Sie haben mitgeteilt, dass die KiBiz-Mittel ab August nicht um 6 % wie im Haushaltsplan vorgesehen, sondern um knapp 10 % steigen. Ist diese zusätzliche Steigerung um vier Prozentpunkte, die jetzt dazukommen, konnexitätsrelevant?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Herr Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege, für die Nachfrage. Diese vier Prozent bilden die zusätzlichen Maßnahmen im Rahmen des § 37 innerhalb des KiBiz ab und damit die Dynamisierung, so, wie sie im KiBiz vorgesehen ist. Mit dieser erneuten und der zusätzlichen über die Ergänzungsvorlage dann kommenden weiteren 4 % sind wir bei annähernd 10 % und damit bei einem Aufwuchs insgesamt im Haushalt für das System der frühkindlichen Bildung von rund 550 Millionen Euro.

Angesichts der Haushaltslage ist das ein wichtiges und so auch von der Freien Wohlfahrtspflege kommentiertes Signal in Richtung der Sicherung der frühkindlichen Bildung.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank. – Herr Kollege Baer für die SPD-Fraktion.

Alexander Baer*) (SPD): Danke, Herr Präsident. – Frau Ministerin, in welcher Größenordnung belaufen sich die Kostensteigerungen für das Kita-System, wenn der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von allen Trägern umgesetzt wird, sprich: wenn die Inflationsausgleichsprämie an alle gezahlt würde?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Kollege, wie ich gerade schon in meinen einführenden Erläuterungen ausgeführt habe, ist das Land Nordrhein-Westfalen nicht Teil der Tarifverhandlungen zum TVöD gewesen, mithin eben nicht an der Einigung beteiligt und konnte diese auch nicht beeinflussen. Gleiches gilt im Übrigen auch für die freien Träger.

Mit den nun zur Verfügung gestellten 100 Millionen Euro baut das Land aber eine Brücke zum Kita-Jahr und damit zu der nächsten Steigerung mit den KiBiz-Pauschalen um annähernd 10 % zum 01.08.2024. Das bedeutet, dass wir somit die freien Träger, die drei Viertel der Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen betreiben, in besonderer Weise unterstützen.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank. – Herr Kollege Bakum.

Rodion Bakum (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrte Frau Ministerin, wie planen Sie denn die Auszahlungsmodalitäten für die aktuelle Lösung an die Einrichtungen?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Kollege, die Auszahlungsmodalitäten befinden sich derzeit mit den weiteren Beteiligten in Abstimmung.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Als Nächstes die Kollegin Stich.

Kirsten Stich (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, Sie haben gerade mehrfach darauf hingewiesen, dass es nun über eine halbe Milliarde Euro mehr für die Kitas geben soll. Mich würde interessieren, wie viele Millionen Euro von dieser halben Milliarde Euro Landesmittel sind.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Herr Präsident. – Vielen Dank für die Nachfrage: Jede einzelne.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Als Nächstes hat Frau Kollegin Stock das Wort zur Zusatzfrage.

Ellen Stock (SPD): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben am 01.06.2023 einen Brief der LAG Freie Wohlfahrt erhalten. Wann und wie haben Sie diesen Brief beantwortet?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Herr Präsident. – Wir haben mehrere Briefe von unterschiedlichen Trägern erhalten, aber auch von der LAG FW. Ich müsste nachschauen, wann genau wir diesen erhalten bzw. beantwortet haben. Wir haben ihn beantwortet. Es gab aber zudem auch weitere Gesprächsrunden, die die Frage nach der Tarifkostensteigerung, den Auswirkungen und dem Umgang damit erläutert haben.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Kollegin Gosewinkel von der SPD.

Silvia Gosewinkel (SPD): Herzlichen Dank. – Frau Ministerin, ich habe folgende Frage: Wie haben Sie denn vor, den Rechtsanspruch in Kita und OGS sicherzustellen und dabei die Kommunen nicht im

Stich zu lassen und die Familien nicht zu verunsichern?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Frau Kollegin, für diese Nachfrage. Insbesondere dadurch, dass wir jetzt noch einmal eine finanzielle Perspektive und eine Stabilität im Finanzierungssystem bieten, werden wir gemeinsam mit den anderen Beteiligten im System der frühkindlichen Bildung dafür sorgen, dass es eine nachhaltige Perspektive – vor allem durch die Dynamisierung – in den KiBiz-Pauschalen gibt.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Danke sehr, Frau Ministerin. – Herr Kollege Dahm.

Christian Dahm (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, können Sie uns erklären, wie die 6 % und die 4 % zustande kommen? Der Tarifabschluss lag ja bei 11 %. Ist das nicht eigentlich der KGSt-Wert, der sowieso im Dezember ermittelt worden wäre? Können Sie uns das hier erläutern?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Kollege, die KiBiz-Steigerung nach § 37 setzt sich, wie Ihnen vielleicht bekannt sein dürfte, aus unterschiedlichen Bausteinen zusammen: zu neun Zehnteln aus den KGSt-Werten, wo allerdings die Frage der Tarifsteigerung auch nur ein Baustein ist, und zu einem Zehntel aus Sachkosten, die über den Verbraucherpreisindex ermittelt werden.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Als Nächstes Frau Kollegin Büteführ. – Das ist sie gar nicht.

Nina Andrieshen (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. Ich wollte mich gerade entschuldigen, weil ich mich vom falschen Platz aus eingewählt habe.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Wir passen auf.

Nina Andrieshen*) (SPD): Frau Ministerin, wie hoch sind denn die Kosten, wenn alle Beschäftigten in den Einrichtungen die tariflich festgelegte Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3.000 Euro erhalten?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Bitte schön.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Herr Präsident. – Sehr geehrte Frau Kollegin, an diesen Verhandlungen zum TVöD sind weder das Land noch die freien Träger beteiligt gewesen, was auch bedeutet, dass die freien Träger unterschiedliche eigene Tarife und damit eine unterschiedliche Übertragung haben.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das ist doch egal! Das ist doch nicht die Frage!)

Wir haben mit den 100 Millionen Euro als Überbrückungsleistung jetzt eine Brücke dazu bauen können, dass wir zum nächsten Kita-Jahr eine Steigerung in den KiBiz-Pauschalen von annähernd 10 % haben. Damit entlasten wir unmittelbar die freien Träger und mittelbar auch die Kommunen, die am Ende für die Umsetzung des Rechtsanspruches verantwortlich wären. Ich glaube, das ist in Zeiten einer sehr angespannten Haushaltslage ein wichtiges Zeichen der Verlässlichkeit der Landesregierung.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank. – Frau Kollegin Stamm.

Christin-Marie Stamm (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben schon gesagt, dass für das Kita-Helfer-Programm neue Belastungen auf Träger zukommen, weil sie eine zehnprozentige Eigenbeteiligung erbringen müssen. Warum erschweren Sie es den Trägern zusätzlich, indem ausgeschlossen ist, dass dieser Eigenanteil aus KiBiz-Mitteln erbracht werden kann?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Herr Präsident. – Sehr geehrte Frau Kollegin, bis zu diesem Haushaltsjahr – also der Überführung in eine reguläre Haushaltssystematik – ist das Kita-Helfer-Programm aus Mitteln des Coronarettungsschirms finanziert worden und somit im Wege von Billigkeitsleistungen.

In einem normalen nach Landeshaushaltsordnung abzuwickelnden Förderprogramm ist dies so nicht möglich. Somit ist immer ein Eigenanteil vorgesehen. Der Eigenanteil von 10 % ist sehr gering. Trotzdem sind wir uns natürlich bewusst, dass es für die Träger unter Umständen einer zusätzlichen Anstrengung bedarf. Aber gleichzeitig will ich betonen, dass die Landesregierung auch mit der Fortschreibung des Alltagshelfer- oder Kita-Helfer*innen-Programms in der mittelfristigen Finanzplanung dafür Sorge getragen hat, dass dieses Programm verstätigt wird und die Mitarbeitenden und Einrichtungen eine Perspektive erhalten haben.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Kollegin Blask mit ihrer zweiten und somit letzten Zusatzfrage.

Inge Blask (SPD): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Frau Paul, meine Frage ist Folgendes: Sie haben die Erhöhung um 10 % dargestellt. War oder ist auch über diese Steigerung eine Einigung mit der kommunalen Seite notwendig gewesen?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Kollegin, die KiBiz-Steigerung, die Dynamisierung ist auch in § 37 des KiBiz soweit festgelegt. Das bedeutet, dass über diese Änderung des KiBiz natürlich Einigung erzielt wurde. Dass die Landesregierung jetzt auch noch nachträglich mit zusätzlichen 4 % eine Erhöhung in dieses System bringt, ist mit der kommunalen Seite besprochen worden. Mir ist nicht bekannt, dass die kommunale Seite bei einer Erhöhung der KiBiz-Pauschalen um nun fast 10% nicht zufrieden gewesen wäre.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Kollegin Kampmann.

Christina Kampmann (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, mich würde interessieren, mit welcher Inflationsrate das Ministerium für 2023 kalkuliert, um die Sach- und Mietkosten zu berechnen.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Herr Präsident. – Frau Kollegin, die hier in Rede stehenden Steigerungen, die wir jetzt noch einmal dargestellt haben, beziehen sich auf die KiBiz-Pauschalen nach § 37. Wie sich diese zusammensetzen – nämlich zu neun Zehnteln aus den KGSt-Werten und zu einem Zehntel aus dem Verbraucherpreisindex –, habe ich gerade bereits dargestellt.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Wie hoch ist er jetzt?)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank. Als Nächstes der Kollege Müller von der SPD.

Frank Müller (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, Sie sind der Frage des Kollegen Dahm recht elegant ausgewichen. § 37 regelt die tatsächliche Abbildung der Kostenentwicklung in Kindertagesstätten. Ihre Einlassungen suggerieren, dass diese 4% jetzt eine freiwillige Extraleistung der Landesregierung wären. Erklären Sie uns doch noch einmal ganz genau, wie diese 4 % bzw. 10 % zustande gekommen sind, oder ob sie am Ende nicht ohnehin hätten zustande müssen.

(Christian Dahm [SPD]: Vielen Dank, Herr Müller!)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Wir haben bei der Aufstellung des Haushalts eine Annahme treffen müssen. Dementsprechend haben wir bei der Aufstellung des Haushalts 6 %, was immerhin auch schon eine große Steigerung im Rahmen der Dynamisierung gewesen wäre, einkalkuliert. Nun haben wir aufgrund der Kostensteigerungen noch mal weitere 4 % hinzugegeben, und diese werden vorbehaltlich der Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers mit der Ergänzungsvorlage zum Haushalt wirksam werden.

Und ja, das ist auch abgebildet durch die Dynamisierung in § 37, und trotzdem ist es eine große Anstrengung und ein großer, wichtiger finanzieller Rückhalt für die öffentlichen und die freien Träger, dass die Landesregierung im Vergleich zum vorigen Haushaltsjahr eine zusätzliche halbe Milliarde in das System gibt.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Kollegin Stock von der SPD mit ihrer zweiten und somit letzten Zusatzfrage.

Ellen Stock (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr geehrte Ministerin, ich komme noch mal auf den Brief vom 01.06.2023 der LAG Freie Wohlfahrt zurück. Ist es richtig, dass ausschließlich der Chef der Staatskanzlei darauf geantwortet hat?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Sehr geehrter Herr Präsident. – Sehr geehrte Kollegin, der Chef der Staatskanzlei hat auch auf diesen Brief geantwortet. Über die Briefkontakte hinaus gibt es weitere diverse Gesprächskontakte, beispielsweise im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Konsultationen der LAG ÖF. Das heißt, der Austausch mit der Landesregierung zu den Auswirkungen und zur Bewertung der Tarifsteigerungen ist nicht alleine bezogen auf diesen Brief geführt worden, sondern auch

im Rahmen zahlreicher anderer Gespräche und Austausche.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Ihre zweite und somit letzte Zusatzfrage stellt nun Frau Kollegin Stich.

Kirsten Stich (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sie haben gerade mehrfach auf die Überbrückungshilfen in Höhe von 100 Millionen Euro hingewiesen, die im Januar 2024 kommen sollen. Können Sie uns bitte genau darstellen, wie die Summe von 100 Millionen Euro für diese Überbrückungsfinanzierung zustande gekommen ist?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Herr Präsident. – Vielen Dank, Frau Kollegin. Bei dieser Überberückungshilfe handelt es sich um eine freiwillige Leistung seitens der Landesregierung, weil wir nicht Teil der Tarifverhandlungen gewesen sind und die reguläre Erhöhung nach § 37 KiBiz zum 01.08.2024 mit dann annähernd 10 % greift. Da wir wissen, dass dies ein schwieriger Zeitraum für viele freie Träger ist, die zwar nicht an den Tarifverhandlungen teilgenommen haben, aber ihre Mitarbeitenden im Rahmen ihrer Tarifverträge in den Genuss dieser Steigerung bringen wollen, was ja aus der Sicht der Beschäftigten gut und richtig ist, die Einrichtungen aber vor Herausforderungen stellt, haben wir einen Anteil der Landesfinanzierung zur Grundlage genommen, um den freien Trägern eine Überbrückungshilfe in Aussicht stellen zu können.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank. – Herr Kollege Löcker von der SPD-Fraktion.

Carsten Löcker*) (SPD): Herzlichen Dank für die Worterteilung, Herr Präsident. – Werte Frau Ministerin, Sie haben gerade von einer ungewöhnlichen Anpassung gesprochen. Ich muss da noch mal nachfragen, denn ehrlich gesagt kann ich das nicht nachvollziehen. Ich bin auch kein Fachpolitiker. Deshalb die deutliche Frage: Wie viele Millionen von den 550 Millionen Euro sind zusätzliche originäre Landesmittel? Das möchte ich wissen.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Kollege, insgesamt sind mehr als 5 Milliarden Euro im Landeshaushalt für die frühkindliche Bildung enthalten. Diese 5 Milliarden Euro – darauf wollen Sie ja hinaus – enthalten auch Bundesmittel. Bei diesen zusätzlichen 500 Millionen Euro, die jetzt in Rede stehen, sind keine Bundesmittel dabei, sondern es sind originäre Landesmittel.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Kollegin Gosewinkel mit ihrer zweiten und somit letzten Zusatzfrage.

Silvia Gosewinkel (SPD): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, ich möchte aus einer gestern erschienenen Pressemitteilung der Regierungskoalition zitieren:

> „Mit den 100 Millionen Euro unterstützen wir die verdiente Erhöhung der Löhne und geben den Trägern zugleich finanzielle Sicherheit. Dieser Schritt kommt auch den Kommunen zugute, die bei Insolvenzen freier Träger den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz sicherstellen müssten.“

Das ist ein Zitat von Frau Woestmann. Ehrlich gesagt lese ich das etwas fassungslos. Insofern interessiert mich Ihre Haltung zu dieser Aussage. Hier steht ja schwarz auf weiß, dass man …

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Sie müssen zu einer Frage kommen, Frau Kollegin.

Silvia Gosewinkel (SPD): … – ja – die Insolvenzen der Kita-Politik quasi in Kauf nimmt.

Meine Frage lautet: Gehen Sie wirklich davon aus, dass mit 100 Millionen Euro die Gefahr von Insolvenzen von Kita-Trägern gebannt ist? – Danke.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrte Frau Kollegin, das ist aus meiner Sicht eine Fehlinterpretation dieser Pressemitteilung.

Natürlich nimmt die Landesregierung nicht Stellung zu Pressemitteilungen der Fraktionen. Ich will aber trotzdem sagen, dass das, was Sie hier suggerieren, in der Pressemitteilung würde davon ausgegangen, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen nähmen Insolvenzen in Kauf, eine Fehlinterpretation ist. Mit den 100 Millionen Euro trägt die Landesregierung dem Rechnung, dass insbesondere die freien Träger infolge eines hohen Tarifabschlusses, an dessen Verhandlungen weder sie noch die Landesregierung beteiligt gewesen sind, vor besonderen

Herausforderungen stehen. Es ist ein Anteil als Überbrückungshilfe, um freie Träger vor drohenden Insolvenzen zu bewahren. Es ist damit nicht gemeint, dass mit insgesamt 100 Millionen Euro allen möglichen Schwierigkeiten der freien Träger begegnet werden kann. Es ist – und so ist es klar deklariert, auch seitens der Erklärung der Landesregierung – eine Überbrückungshilfe, wenn es 2024 zu Erhöhungen nach § 37 KiBiz kommen wird.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Kollege Hafke von der FDP-Fraktion.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, Sie haben eben ausgeführt, dass es für das Land natürlich eine Kraftanstrengung sei, 550 Millionen Euro ins System zu geben, und dass die Anpassung um 10 % bzw. um 6 % auch einen außergewöhnlich hohen Betrag ausmache. Dieser Betrag ist natürlich außergewöhnlich hoch, weil auch die Tarifabschlüsse aktuell außergewöhnlich hoch sind und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen sind.

Mich interessiert Folgendes: Nach § 37 wären Sie ja so oder so verpflichtet, zum 01.08. nächsten Jahres eine Anpassung vorzunehmen. Die Berechnung erfolgt theoretisch erst im Dezember, aber Sie werden sicherlich schon Annahmen gemacht haben …

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Auch Sie möchte ich bitten, zur Frage zu kommen.

Marcel Hafke (FDP): Ja, das muss man aber erklären; sonst funktioniert es nicht.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Aber es ist eine Fragestunde, Herr Kollege.

Marcel Hafke (FDP): Ja, aber die Ministerin hat gerade nicht entsprechend der Frage geantwortet, und daher probiere ich, es noch mal zu beschreiben.

Die Frage ist, Frau Ministerin, ob Sie uns sagen können, wie hoch nach heutigem Stand die reguläre, gesetzlich vorgeschriebene Anpassung zum 01.08. nächsten Jahres wäre.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Herr Präsident. – Wie schon mehrfach gesagt, dann fast 10 %. Die KGSt-Werte liegen vor. Die Auswertung des Verbraucherpreisindexes, was ein Zehntel ausmacht, liegt in Gänze erst im Dezember vor, sodass die ganz scharfe Zahl erst dann vorliegen kann. Die Annahme auf Basis der jetzt vorhandenen Informationen, dass wir damit bei annähernd 10 % liegen, ist aber natürlich valide.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank. – Herr Kollege Dahm für seine zweite und somit letzte Zusatzfrage.

Christian Dahm (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, wann beabsichtigen Sie denn, dem Parlament die Ergänzungsvorlage zum Haushalt vorzulegen?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Herr Präsident. – Das obliegt der Entscheidung des Kabinetts.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Als Nächstes Herr Zimkeit. Bitte schön.

Stefan Zimkeit*) (SPD): Ich wollte nachfragen, da wir über eine Ergänzungsvorlage reden, die wir noch nicht kennen, und es augenscheinlich, wenn ich Sie gerade richtig verstanden habe, auch noch unklar ist, wann sie vorlegt wird, wie die zusätzlichen 550 Millionen Euro, von denen Sie sprechen, gegenfinanziert werden.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Ministerin.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Kollege Zimkeit, wie Sie als ausgewiesener Finanzpolitiker wissen, wird die Ergänzungsvorlage natürlich vor allem auch die Steuerschätzung zum Ende Oktober berücksichtigen müssen. Also ergibt sich daraus der natürliche Zeitplan.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank. – Frau Kollegin Adrieshen.

Nina Andrieshen (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, im Hinblick auf die unzureichenden 100 Millionen Euro – Sie haben es eben selber als Anteil bezeichnet – interessiert mich: Nehmen Sie denn bewusst in Kauf, dass Personal nicht weiter finanziert werden kann und damit auch die Angebote in den Kitas verringert werden?

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Frau Präsidentin, ich antworte dann?

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Frau Ministerin, Sie haben das Wort. Entschuldigung, wir hatten gerade hier einen Wechsel.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Kollegin, wie ich jetzt schon mehrfach erläutert habe, handelt es sich um eine Überbrückungsfinanzierung, die eine Brücke schlagen soll insbesondere für die freien Träger zu der dann regulären Anpassung des KiBiz mit annähernd 10 %. Das bedeutet, dass damit auch eine klare Perspektive für sowohl die freien als auch die öffentlichen Träger zur weiteren Finanzierung über das KiBiz gegeben ist.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Als nächste Wortmeldung habe ich Herrn Müller. Das ist die zweite Nachfrage und somit auch die letzte.

Frank Müller (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, um Klarheit herzustellen: Sie hatten gerade gesagt, dass Sie zum Zeitpunkt der Festlegung auf 6 % hätten ahnen können, dass es nicht 6 % sind. Gehe ich recht in der Annahme, dass Sie gestern mit Ihrer Pressemitteilung schlichtweg eine Selbstverständlichkeit verkündet haben, die sich aus den Verpflichtungen des § 37 KiBiz ohnehin ergeben hätte?

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Frau Ministerin, Sie dürfen antworten.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrter Herr Kollege, ich glaube, dass das Entscheidende ist, dass nun Planungssicherheit für die Träger besteht.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

– Wollen Sie meine Antwort hören oder eher nicht?

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Dann wäre es mir doch wohl zu erlauben, selbst zu entscheiden, wie der Weg zu der Antwort ist. Sonst müssten Sie mich ja nicht fragen.

§ 37 beschreibt natürlich die Dynamisierung. Ich habe jetzt auch schon mehrfach erläutert, wie die Bestandteile auf dem Weg hin zu der Dynamisierung sind. Ich glaube, das Entscheidende ist, dass damit jetzt auch klar ist, wie die Perspektive für die freien und öffentlichen Träger ist.

Mit den weiteren 100 Millionen Euro, die eben keine Selbstverständlichkeit sind, baut die Landesregierung eine zusätzliche Brücke insbesondere für die freien Träger, um sich hier anteilig an den Kosten der Tarifsteigerungen zu beteiligen. Darüber hinaus, was auch insgesamt für die Stabilisierung des Systems wichtig ist, hat die Landesregierung, was auch keine Selbstverständlichkeit ist, das Kita-Helfer*innenprogramm verstetigt und auch die überraschende Übergabe des Bundes der Sprach-Kitas an die Länder sichergestellt. Beides, wie zugesagt, wurde jetzt umgesetzt und in die Verstetigung gebracht.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von dem Abgeordneten Dr. Maelzer.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. – Frau Ministerin, die Träger gehen davon aus, dass sie in diesem Jahr ein Defizit von 590 Millionen Euro haben werden. Sie haben jetzt mit den 100 Millionen Euro die Summe von etwa 12.000 Euro pro Kita zusätzlich ausgeschüttet. Gehen Sie davon aus, dass 12.000 pro Kita ausreichend sind, um die gestiegenen Personal- und Sonderkosten zu refinanzieren?

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrter Herr Kollege, das Land baut mit den 100 Millionen Euro eine Überbrückungsfinanzierung. Das Land wird damit freiwillig versuchen, der schwierigen Situation insbesondere auch für die freien Träger Rechnung zu tragen.

Dass die Situation in den Kitas insgesamt eine herausfordernde ist mit Blick auf die finanzielle Situation, aber auch mit Blick auf die Fachkräftesituation, steht außer Frage. Dementsprechend sind es weitere wichtige Schritte, die der Kita-Landschaft Sicherheit und Perspektive bieten, auch mit der dann einsetzenden KiBiz-Dynamisierung für das neue KiBiz-Jahr, um hier zu einer weiteren Stabilisierung des Kita-Systems beitragen zu können.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von der Abgeordnetenkollegin Frau Stamm. Das ist, wenn ich das richtig sehe, die zweite und somit auch letzte Zusatzfrage.

Christin-Marie Stamm (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Frau Ministerin, welche Träger haben sich bei Ihnen oder bei Ihrem Minis-

terium gemeldet, dass sie das Kita-Helferprogramm aufgrund des neu eingeführten Eigenanteils nicht fortsetzen wollen und können?

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Frau Kollegin, wir haben keine dezidierten Hinweise darauf, aber natürlich will ich Ihnen zustimmen, dass es natürlich in Gesprächen bei einzelnen Vor-Ort-Terminen etc. Hinweise darauf gegeben hat, dass 10 % Eigenanteil als eine Herausforderung oder vor allem als etwas, was jetzt neu ist, empfunden wird, weil zuvor das Programm über den Coronarettungsschirm finanziert worden ist, also als Billigkeitsleistung ohne Eigenanteil. Als jetzt Normales aus dem regulären Haushalt finanziertes Förderprogramm muss es nach den Regeln der Landeshaushaltsordnung abgewickelt worden. Und diese Landeshaushaltsordnung sieht in der jetzigen Fördersystematik auch einen Eigenanteil vor.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt – wenn ich das richtig sehe – von Herrn Zimkeit. Das ist dann seine zweite und letzte Frage.

Stefan Zimkeit*) (SPD): Das sehen Sie richtig, Frau Präsidentin. – Es ist eigentlich noch mal die erste Frage, weil die überhaupt nicht beantwortet worden ist. Ich hatte nicht nach dem Zeitplan der Ergänzungsvorlage gefragt, sondern danach, wie die 550 Millionen Euro zusätzlich gegenfinanziert werden sollen. Wenn Sie die Frage nicht beantworten können, kann es der Kollege Optendrenk, der neben Ihnen sitzt, bestimmt.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Herr Zimkeit, ich nehme das als die zweite und nicht als die erste Frage. – Die Frau Ministerin hat das Wort.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Kollege Zimkeit, nach der Gesamtdeckung des Haushaltes kommt im Endeffekt auch die Finanzierung darüber zustande.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt von der Abgeordnetenkollegin Frau Kirsch.

Carolin Kirsch (SPD): Das schließt sich direkt an. Ist es also so, dass diese Erhöhung nicht zu Einsparungen an anderer Stelle führt, die man jetzt schon irgendwie konkret benennen könnte?

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Sie haben das Wort, Frau Ministerin.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Frau Kollegin, bei der Vorlage bzw. dem Entwurf des Haushaltes mussten an unterschiedlichsten Stellen durchaus Einsparungen vorgenommen werden. Das hat der Finanzminister auch bei der Einbringung des Haushaltes angesprochen, um noch einmal deutlich zu machen – darum sage ich das –, dass es sich um eine angespannte Haushaltslage handelt.

Wir haben im Wege von Sparsamkeit und auch Prioritätensetzung hier noch mal eine gemeinsame Kraftanstrengung unternommen. Am Ende ist es aber natürlich so, dass final der Haushaltsgesetzgeber sowohl über die Ergänzungsvorlage als dann auch über den Gesamthaushalt zu entscheiden hat.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung erfolgt von dem Abgeordnetenkollegen Herrn Yüksel.

Serdar Yüksel (SPD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben hier auf das Alltagshelferprogramm Bezug genommen. Das bringt mich zu der Frage zu Ihren Äußerungen im Familienausschuss, wo Sie erklärt haben, dass das Sprach-Kita-Programm als Maßnahme konzipiert worden sei und da somit keine Eigenanteile anfielen. Sie wissen, dass die Träger vor großen Belastungen stehen und die Eigenanteile insbesondere bei den Alltagshelferprogrammen, die aufgelegt worden sind, nicht schultern können. Warum haben Sie das denn nicht genauso konzipiert, um die Träger zu entlasten und nicht zusätzlich zu belasten?

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen, Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrter Herr Kollege Yüksel, das Sprach-Kita-Programm ist die Übernahme eines Bundesprogrammes. Wir haben die Förderkonditionen dieses Bundesprogrammes in ein Landesprogramm überführt. Das Bundesprogramm sah keine Eigenanteile in diesem Sinne vor, weil es sich um eine Festbetragsfinanzierung handelt. Ent-

sprechend ist das in diesem Haushaltsjahr auch für das Sprach-Kita-Programm überführt worden.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von dem Abgeordneten Dr. Maelzer. Das ist die dritte und somit auch die letzte Frage

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Die kommunalen Spitzenverbände haben erklärt, dass das Land damit ihrer Forderung, kurzfristig eine Zwischenfinanzierung auf den Weg zu bringen, nicht nachkommt, da für das Jahr 2023 keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Warum kommen Sie der Forderung der kommunalen Spitzenverbände nicht nach und sorgen für eine kurzfristige Zwischenfinanzierung, die schon dieses Jahr greift?

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Sie haben das Wort.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen, Dank, Frau Präsidentin. – Wir haben jetzt mit den vorgelegten Maßnahmen eine Perspektive und damit auch eine Planungssicherheit für öffentliche und freie Träger geschaffen. Es steht außer Frage, dass die Situation für die freien Träger und die Kommunen herausfordernd ist. Gleiches gilt allerdings auch für den Haushalt des Landes. In diesem Fall haben wir jetzt aber mit den vorliegenden Maßnahmen vorbehaltlich der Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers eine verlässliche Grundlage zur weiteren Stabilisierung des Kita-Systems schaffen können.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Es gibt eine weitere Wortmeldung von Herrn Yüksel. Sehe ich das richtig?

Serdar Yüksel (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, ich habe noch eine Nachfrage, weil die Kita-Träger insbesondere beim Alltagshelferprogramm wirklich unter dem Eigenanteil ächzen. Das ist viel Geld für die Träger, die mit ihrer Finanzierung sehr knapp auf Kante genäht sind. Ist es beabsichtigt, diesen Eigenanteil zukünftig über die KiBiz-Rücklage zu finanzieren? Planen Sie einen Erlass? Ich habe zumindest aus der Community von solchen Äußerungen aus Ihrem Haus gehört. Deshalb würde uns interessieren, wie Sie die Träger zukünftig bei diesem 10%igen Eigenanteil entlasten wollen bzw. ob es dazu schon Überlegungen gibt.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Frau Ministerin, Sie können auf die Frage antworten.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen, Dank, Frau Präsidentin. – Es ist miteinander verabredet worden, das Kita-System insgesamt und auch die Frage der Zukunft und der zukünftigen Ausgestaltung des Sprach-Kita-Programmes, das wir eben als Bundesprogramm übernommen haben, weiter in den Blick zu nehmen. Es war schwierig genug, dieses komplexe Programm in ein Landesprogramm zu überführen.

Dies und auch die zukünftige Ausgestaltung des Alltagshelfer*innenprogramms werden weiterhin fortlaufend in Gesprächen erörtert werden. Allerdings ist für die derzeitige Förderrichtlinie auch zur Kenntnis zu nehmen, dass in einem Förderprogramm nach der Landeshaushaltsordnung in der Art und Weise, wie das Förderprogramm jetzt aufgesetzt ist, ein Eigenanteil vorgesehen ist, weil es eben keine Billigkeitsleistung mehr nach den Coronahilfen ist.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Baer. Das ist seine zweite und somit letzte Frage.

Alexander Baer*) (SPD): Danke, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, hätten Sie denn die Möglichkeit gehabt, auf die 10 % zu verzichten, ohne gegen ein Gesetz zu verstoßen?

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Josefine Paul*), Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Wie ich jetzt schon mehrfach erläutert habe, sieht die Landeshaushaltsordnung bei Förderprogrammen eben einen Eigenanteil vor. Dass dies vorher nicht der Fall war, ist der Tatsache geschuldet, dass das Förderprogramm den Trägern über Mittel des Coronarettungsschirms und damit als Billigkeitsleistung zur Verfügung gestellt wurde.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. – Frau Ministerin, danke noch einmal für die Beantwortung der Fragen.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 27

der Herren Abgeordneten Ralf Witzel und Dirk Wedel von der Fraktion der FDP zum Thema „Zahlungsaufforderung des Finanzministers an die NRW.BANK. Wie lauten die Hintergründe, Begleitumstände und